



Nr. 11. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Montag, den 8. Januar 1877.

## Deutschland.

Berlin, 6. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Oberförster Mäuseburg zu Lingen den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Forst-Kassenrentanten, Hauptmann a. D. Zimmermann zu Goldap, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Haupt-Stenarmer-Assistenten Asendorf zu Osnabrück den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; den Königl. Mundlöcher Dittmer und Ritter das Kreuz der Inhaber des Königl. Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Gerichtsmann und Schulvorsteher Peitsch zu Schönbrunn im Kreise Wohlau das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Unteroffizier Karl Kühl im Holsteinischen Infanterie-Regiment Nr. 85 die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Landes-Meisterschafts-Bau-Inspector der Rheinprovinz, Wasserbau-Inspector Ernst Friedrich Erdmuth Schmidt in Düsseldorf zum Regierungs- und Baurath ernannt.

Der zweite Secretär bei der Kaiserl. Botschaft in Konstantinopel, Freiherr von Weltheim, ist in gleicher Eigenschaft an die Kaiserl. Botschaft in St. Petersburg versetzt und zu seinem Nachfolger der Legations-Secretär von Hirschfeld, seither bei der Kaiserl. Gesandtschaft in Athen, ernannt worden. An Stelle des Letzteren ist der Legations-Secretär von Bülow, bisher zweiter Secretär bei der Kaiserl. Botschaft in Wien, nach Athen versetzt. Der erledigte Posten des Legations-Secretärs bei der Kaiserl. Gesandtschaft in Stockholm ist dem seitherigen zweiten Botschafts-Secretär in London, Grafen von Redern, übertragen und an seine Stelle der Legations-Secretär bei der Königl. preuß. Gesandtschaft in München, Graf August von Dönhoff-Friedrichstein, zum zweiten Secretär bei der Kaiserl. Botschaft in London ernannt. Der Legations-Secretär von Thielau, bisher bei der Kaiserl. Gesandtschaft in Brüssel, ist in gleicher Eigenschaft an die Kaiserl. Gesandtschaft in Madrid versetzt worden.

Der Seminar-Director Kohle zu Bülow ist in gleicher Eigenschaft an das evangelische Schullehrer-Seminar zu Göslin versetzt worden. — Dem Königlichen Regierungs- und Baurath Schmidt ist die Stelle eines Rheinschiffahrts-Inspectors zu Koblenz verliehen worden. — Der bisherige Königliche Landbaumeister Heinrich Gottwald Hader zu Frankfurt a. O. ist, unter Beförderung zum Königlichen Bau-Inspector, nach Marienwerder versetzt und demselben die dortige Bau-Inspector-Stelle verliehen worden. — Der Königliche Kreisbaumeister August Steinbrück zu Neidenburg in Ostpreußen ist in gleicher Amtseigenschaft nach Cammin in Pommern versetzt worden.

Berlin, 6. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und König hören heute die Vorträge des Chefs des Militärcabinets, General-Majors von Albedyll, und des Chefs des Civilcabinets, Geheimen-Cabinets-Rath von Wolnowski.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittag um 10 Uhr den Präsidenten Drenckmann aus Marienwerder, um 11 $\frac{3}{4}$  Uhr den Herzog Eugen von Württemberg und um 12 Uhr den Prediger Schiffmann aus Stettin.

(Reichsanz.)

= Berlin, 7. Jan. [Das Gesundheitsamt. — Prüfung der Tierärzte. — Schlachthäuser. — Polytechnisches Institut.] Mittheilungen über die vorbereitende Thätigkeit des kaiserlichen Reichs-Gesundheits-Amtes für die Reichsgesetzgebung, welche seit den letzten Tagen die Blätter durchlaufen, lehnen sich theils an Vorgänge älteren Datums an, theils sind sie ungenau. Der Entwurf zu einem Leichenschaugesetz, und zwar fast gänzlich den Vorschlägen der z. Z. einberufenen Commission für die Reichs-Medical-Statistik entsprechend, war die erste Arbeit des Gesundheitsamts und ist in der ersten Augustwoche v. J. an das Reichskanzleramt gelangt. Der Entwurf hat weiter legislatorische Studien lediglich wegen der mit wichtigeren Aufgaben besetzten Reichstags-Sessoin nicht durchlaufen. — Ein Entwurf wegen Prüfung der Thierärzte ist fertig gestellt, soll aber noch einer besonderen Commission unterbreitet werden, bevor er an das Reichskanzleramt abgegeben wird. — Ein weiterer Entwurf, welcher die obligatorische Einrichtung von Schlachthäusern und der Fleischschau betrifft, ist aber noch in der ersten Vorberathung begriffen. Es wird hierzu demnächst eine Berathung stattfinden, zu welcher der Geh. Rath Professor Dr. Polloß von Halle eigens hieher kommt. Ein grösserer Plan, den das Reichs-Gesundheitsamt vorbereitet, bezieht sich auf die Errichtung eines grossen hygienischen Instituts, dessen Ausführung jedoch noch sehr grosse Vorbereitungen erfordert. Es wird damit vielleicht die Erwerbung eines eigenen Hauses, grösserer Territorien &c. verbunden sein. Ein solches Institut ist zuerst von Pettenkofer in München und dann in kleinerem Umfange von Fleck in Dresden, hier aber bereits in verbesselter Weise errichtet worden und es stellt sich eine gleiche Einrichtung für das gesammte Reich allerdings in sehr erweitertem Maßstabe als ein Bedürfnis heraus, dem man sich auf die Dauer wohl nicht wird entgegenstellen können. Eine sehr umfassende Thätigkeit hat das Reichs-Gesundheits-Amt zur Orientirung in den weit verzweigten, seinem Revort unterstellten Verhältnissen zu enthalten; für den Verkehr mit den Landes- und Localbehörden, die Prüfung der eingeforderten Gutachten und andererseits für die Errichtung gutachtlicher Urtheile, reichen die Kräfte des Amtes kaum aus. — Bei der bevorstehenden Berathung des preuß. Staatshaushalts wird auch die Frage wegen Errichtung eines großen polytechnischen Institutes in Berlin zum Austrag gebracht werden. Im Auftrage des Handelsministers hat der Director der Bauakademie, Prof. Lück, einen sehr umfassenden Plan nebst Kostenanschlag ausgearbeitet, welcher jetzt dem Finanzminister vorliegt. Hierauf soll das Gebäude auf dem Grundstück des ehemaligen Hippodroms bei Charlottenburg in der Nähe der Artillerie- und Ingenieurschule errichtet werden. Der Finanzminister hat, wie man hört, den Kostenanschlag bemängelt; es stützt sich derselbe indessen auf die Erfahrungen, welche Prof. Lück auf der von ihm in Gemeinschaft mit dem Geh. Rath Süsse aus dem Handelsministerium im Auftrage der Regierung unternommenen Reise zur Besichtigung aller grossen polytechnischen Institute Deutschlands und der Schweiz gewonnen hat und auf die ausgesprochene Absicht, den Bau so auszuführen, daß er auf viele Jahrzehnte hin keiner Erweiterung bedürfen soll.

W. T.-B. [Die heutigen kirchlichen Wahlen] fanden eine verhältnismässig reiche Theilnahme. Es mögen durchschnittlich 50 p.C. der Wahlberechtigten gestimmt haben. Im Allgemeinen siegten in fast sämtlichen Gemeinden die Liberalen mit zwei Dritteln Majorität, während die extremen Parteien nur in wenigen Kirchspielen ihre Kandidaten durchsetzen.

[Dementi.] Wie bereits telegraphisch gemeldet, schreibt der Reichsanz.: "Die zuerst von einem französischen clericalen Blatte, demnächst von polnischen Zeitungen verbreiteten ausführlichen Angaben über ein Schreiben, in welchem Se. Majestät der Kaiser und König Sr. Majestät dem Kaiser von Russland von einem Kriege gegen die Türkei unter Darlegung der Schwierigkeiten derselben abgerathen habe,

sind vollständig erfunden; Se. Majestät haben nie ein Schreiben dieses oder eines ähnlichen Inhalts an den Kaiser Alexander gerichtet. Als Anlaß zu der Erfindung scheint der Umstand benutzt worden zu sein, daß der Kaiser Alexander zum Georgsfeste Sr. Majestät dem Kaiser und König telegraphisch einen Gruß gesandt, in welchem die Hoffnung, daß ihm ein Krieg erspart werde, ausgedrückt war, und daß Se. Maj. in der auf demselben Wege übersandten Antwort sich dieser Hoffnung angeschlossen haben.

[Ausprägungen.] In den deutschen Münzfälden sind bis zum 30. Decbr. 1876 geprägt worden: an Goldmünzen: 1,097,685,200 M. Doppelkronen; 337,504,330 M. Kronen; hierauf auf Privatrechnung: 171,345,160 M.; an Silbermünzen: 71,653,095 M. 5-Marckstücke, 74,773,814 M. 2-Marckstücke, 143,512,165 M. 1-Marckstücke, 48,804,226 M. 50 Pf. 50-Pfennigstücke, 35,577,846 M. 80 Pf. 20-Pfennigstücke; an Nidelmünzen: 23,502,530 M. 70 Pf. 10-Pfennigstücke, 11,657,813 M. 75 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 6,011,218 M. 74 Pf. 2-Pfennigstücke; 3,377,119 M. 1-Pfennigstücke. Gesamtausprägung: an Goldmünzen: 1,485,189,530 M.; an Silbermünzen: 374,321,147 M. 30 Pf.; an Nidelmünzen: 35,160,344 M. 45 Pf.; an Kupfermünzen: 9,388,337 M. 87 Pf.

[Marine.] Einem soeben eingegangenen Telegramme zufolge sind die Seekadetten von Sr. Majestät Schiff „Hertha“ am 5. d. M. in Suez eingetroffen und beabsichtigen am 6. d. die Reise nach Southampton fortzusetzen. Alles wohl.

[Marine.] Das heute in Kiel angekommene Postdampfschiff der Linie Kiel-Kiel hat die Posten aus Stockholm vom 4. und 5., aus Malmö-Nässle vom 6. und aus Christiania vom 3., 4. und 5. nicht mitgebracht.

Hamburg, 6. Januar. [Der Dampfer „Saxonia“.] Nach aus Helgoland von heute Morgen hier eingegangenen Meldungen ist das Flottmachen des Dampfers „Saxonia“, welcher gestern in der Nähe von Helgoland auf den Grund geraten ist, fehlgeschlagen. Die Passagiere und die Mannschaft sind, ohne Schaden genommen zu haben, gelandet. Das Wasser ist in den Maschinraum eingedrungen und dasselbe noch im Steigen begriffen. 500 Sack Käffee, die Post und die Comptanten sind in Sicherheit gebracht. Weitere Bergungsversuche sollen beim Eintreten günstigen Wetters aufgenommen werden. Das Schiff selbst ist nur noch durch ganz außerordentliche Mittel, welche hier gänzlich fehlen, zu retten.

München, 5. Jan. [Der deutsche Botschafter in Paris Fürst v. Hohenlohe-Schillingsfürst,] ist bekanntlich im Wahlkreis Forchheim-Kulmbach-Ebermannstadt-Pegnitz als Candidat für den Reichstag aufgestellt. Auf eine von 8 Herren des Comite's an den Fürsten ergangene Einladung zur Annahme der Wahl traf folgende zustimmende Antwort ein:

Paris, 17. Decbr. 1876. Sie haben, meine geehrten Herren, an mich die Anfrage gerichtet, ob ich bereit sei, abermals ein Mandat für den Wahlkreis Forchheim-Kulmbach-Ebermannstadt-Pegnitz anzunehmen. Ich antworte darauf, daß ich es als eine hohe Ehre ansehen würde, wenn es mir vergönnt wäre, Ihren Wahlkreis zum fünften Male im deutschen Parlament zu vertreten. Ich bin Ihnen um so mehr dankbar, daß Sie die Absicht aussprechen, meine Wahl befürworten zu wollen, als ich seit meiner Ernenntung zum deutschen Botschafter in Paris die Pflichten des Abgeordneten nur in befristetem Maße zu erfüllen im Stande war. Wenn ich mich also um die Stimmen meiner politischen Freunde des Wahlkreises bewerbe, so kann ich mich nicht auf meine parlamentarische Tätigkeit in der letzten Legislaturperiode des Reichstages beziehen. Ich muß es Ihnen antheimstellen, den Candidaten nach seiner ganzen politischen Vergangenheit zu beurtheilen. Meines Erachtens gibt es in Deutschland zur Zeit nur zwei große Gegenseite, zwei große Parteien, zu welchen die einzelnen Fractionen mehr oder weniger hinstehen. Es stehen sich gegenüber Dienjungen, welche das deutsche Reich, wie es aus den Ereignissen der letzten 10 Jahre hervorgegangen ist, erhalten wollen, und Dienjungen, welche es zerstören wollen. Auf der einen Seite die treuen Anhänger an Kaiser und Reich, auf der anderen die Vaterlandslöwen. Sie werden von einem Maune, der seit dreißig Jahren an dem politischen Leben der Nation teilgenommen hat und dem auch seine Feinde nicht vorwerfen, daß er jener Überzeugung unterliegt geworden sei, nicht verlangen, daß er Ihnen sage, auf welcher Seite er stehe. Da ich aber mehr als jeder Andere, die Feinde kenne, von denen das jugendliche Gemeinwesen des deutschen Reiches bedroht ist, so hat sich mir die Überzeugung aufgedrängt, daß der Kampf nur durch seitens Zusammenhalten Gleichgefügter erfolgreich geführt werden kann und daß verschiedene Bestrebungen nutzlos sind. Ich werde daher auch wie bisher im Großen und Ganzen mit der bairischen Fortschrittspartei gehen und mich mit den mir näher stehenden Freunden dieser Partei in einzelnen Fragen verständigen. Wenn mir wieder die Freude zu Theil wird, meinen Wählern persönlich gegenüber zu treten, hoffe ich jener Zustimmung zu begegnen, die mir bisher nicht gefehlt hat und auf die ich stolz zu sein allen Grund habe. Mit vorzüglicher Hochachtung ges. Chl. v. Hohenlohe.

München, 5. Jan. [Die Polizei] hat dem hiesigen ultramontanen Wahlcomite die Erlaubniß zum Anschlagen seines Wahlaufrufes an öffentlichen Straßen und Plätzen wegen zweier in demselben vor kommenden Passus über die Unterdrückung der Kirche und über die drohende Selbstständigkeit Baierns versagt.

## Frankreich.

Paris, 4. Januar, Abds. [Zur orientalischen Krisis. — Monnier +.] In der finanziellen Welt haben die letzten Nachrichten aus Konstantinopel wieder die Überzeugung bestätigt, daß der Conflict eine friedliche Lösung finden werde. Man versichert, daß die Vertreter der europäischen Mächte in der gestrigen Sitzung der Conferenz ihre Forderungen gemildert haben, ohne freilich von dem Prinzip derselben etwas aufzugeben und daß andererseits Midhat Pascha eine grössere Nachgiebigkeit zeige, als in den letzten Tagen. Die Börse gab ihren Hoffnungen durch eine entschiedene Hause Ausdruck. Jedoch müssen wir constatiren, daß in den eigentlich diplomatischen Kreisen die Zuversicht auf einen friedlichen Ausgang weit geringer ist. — Gestern ist Henri Monnier, einer der populärsten Schriftsteller von Paris, der Schöpfer des unübertraglichen Joseph Prudhomme, im Alter von 78 Jahren, gestorben. Er war ursprünglich Zeichner und hat die Bergeron'sche Chanson's illustriert. Auch als Schauspieler errang er im komischen Fache grosse Erfolge.

Paris, 5. Jan. [Der Präfectenschub. — Parlamentarisches Straflinge. — Ein Kalenderverbot. — Der Papst und die Kaiserin Eugenie. — Die Germinaly. — Eine neue ultramontane Schmusfinke.] Die grosse Tagesangelegenheit und das Hauptthema der Leitartikel ist heute der Präfectenschub. Es ist klar, daß Jules Simon sich nicht der Nothwendigkeit entziehen könnte, eine Anzahl der mißliebigsten Präfecten dem Privatleben zurückzugeben. Je länger er zögert, desto grösser werden jedenfalls die Ansprüchen der republikanischen Partei werden. Augenblicklich sind diese Forderungen noch nicht unbescheiden zu nennen; die grosse Mehrheit der

republikanischen Blätter geht lange nicht so weit, wie der „Rappel“, welcher ausgerechnet hat, daß nicht weniger als 60 Präfecten entfernt werden müssen, weil sie der neuen Ordnung der Dinge hinderlich sind. Das „Siècle“ unterschied gestern 5 Klassen von Präfecten: 1) Die republikanischen von der Schattirung des linken Centrums, welche seit dem 20. Februar ernannt wurden. Sie sind 24 an der Zahl und müssen natürlich beibehalten werden. 2) Die ehemaligen Präfecten Thiers', welche unter der moralischen Ordnung im Amte verblieben sind, ohne sich jedoch durch ihren reactionären Eifer hervorgehoben zu haben. Es sind ihrer 14 und sie dürfen auf Nachsicht zählen. 3) und 4) Diejenigen, welche unzweideutig ihren Widerwillen gegen die Republikaner fundgegeben haben, Orleanisten und Bonapartisten von bläser Farbung, die aber unter der Leitung eines energischen Ministeriums zur Besinnung kommen würden. Ihre Zahl beläuft sich auf 21. Endlich 5) die Kampfpräfecten, 27 an der Zahl, von denen keine Umkehr zu hoffen und die also beseitigt werden müssen. Das „Siècle“ stand bekanntlich noch vor einem Monate unter der persönlichen Leitung Jules Simon's, zeigt aber jetzt stellenweise eine Unabhängigkeit des Urtheils, welche an der Fortdauer seines alten Verhältnisses zum Conseil-président zweifeln lassen könnte. Schwerlich wird Jules Simon, mit einem Male wenigstens, die erwähnten 27 Präfecten absetzen. Wenn er das thäte, würde selbst die äusserste Linke der Kammer ihre Erwartungen übertragen sehen. Die gemäßigten Republikaner von dem Schlag des „Temps“ würden sich durch 10 bis 12 Abstürzen schon befriedigt fühlen; es ist ihnen mehr um eine Demonstration der Regierung, als um das Verschwinden dieses oder jenes Beamten zu thun. „Für das Ministerium des 12. December, sagt der „Temps“, ist es ein Recht und eine Pflicht, sich der feststehenden und nothwendigen Überlieferung aller Regierungen anzuschließen, indem es gewisse Veränderungen in dem Präfectenpersonal vornimmt. Durch diese Veränderungen wird das Cabinet Jules Simon seine politischen Tendenzen bezeugen und wird sozusagen die Berechtigung seines Regierungsantritts darthun. Es kann offenbar nicht von einer Hekatombe die Rede sein, wie sie Diejenigen träumen, welche in der Politik nur die tägliche oder vierteljährliche Umwälzung des Regierungspersonals sehen.“ — Die beiden Kammern treten bekanntlich am 9. d. M. schon wieder zusammen, aber es gewinnt immer mehr den Anschein, daß sie nach Erledigung der üblichen Formalitäten, Präidentenwahl u. s. w. sich bis zum Anfang des Februar vertagen werden, um ihren Ausschüssen die Zeit zur Vorbereitung der Gesetz-Vorlagen zu lassen. Vermuthlich wird auch erst Anfang Februar die Niederelegung des Budgets für 1878 erfolgen. Der „Français“ und andere clerical-monarchistische Blätter sind sehr aufgebracht über diese Zöggerung (der „Français“ nennt dieselbe eine „auführerische“), weil sie im Herbste dieses Jahres eine abermalige außerordentliche Session nötig machen werde. Eine solche außerordentliche Session würde sich aber ohnedies kaum vermeiden lassen. Die Regierung ihrerseits hat nicht die Absicht, den Antrag auf eine Vertragung bis zum Februar zu unterstützen. — Wie gemeldet, votierte jüngst der Pariser Gemeinderath eine Summe von 30,000 Franken für die Familien der politischen Flüchtlings. Es heißt, daß Jules Simon dem Marschall-Präsidenten ein Decret unterbreitet hat, welches diesen Besluß für ungültig erklärt. — Dem Führer des Marne hat letzter Tage die Veröffentlichung eines Kalenders untersagt, weil derselbe einen Aufsatz unter dem Titel: „Des Kaisers Anhäl“ enthielt. Dieser Aufsatz ist unterzeichnet: Jules Simon. — Wenn man der legitimistischen „Gazette du Midi“ glauben will (sehr wahrscheinlich klingt allerdings ihre Erzählung nicht), so hätte der Papst beim Besuch Eugenius und des kaiserlichen Prinzen sich sehr unfreundlich ausgelassen. Dem Prinzen hätte er gesagt: „Sie wollen Ihren Vater nachahmen? Man sagt es wenigstens; aber höten Sie sich. Ich habe Ihren Vater genau gekannt; hätte er nicht Beziehungen mit Italien gehabt, so hätte er als christlicher Fürst leben, Frankreich dienen und auf dem Throne sterben können. Aber seine Freunde gehörten zu denjenigen, die man nicht zerreißen kann; sie machen sich mit der Drohung, mit den Bomben und mit den Dolchen geltend. Fragen Sie Ihre Mutter, die Kaiserin, und Sie wird Ihnen sagen, in welcher Furcht der Kaiser und sie selbst beständig gelebt haben.“ Am folgenden Tage hätte er der Kaiserin gesagt: „Ich habe mit dem jungen Prinzen gesprochen. Ihre Pflicht war es, nicht nach Italien zu kommen; Ihre Pflicht ist es heute, ihn so schnell als möglich zu entfernen.“ — Man sagt, daß die Germinaly nicht, wie es Anfangs hieß, auf der Flucht ist, sondern daß er sich in Paris befindet und sich zur Verhüllung seiner zweimonatlichen Gefangenschaft stellen wird. Gestern Abend ist auch der Abbé Beaujard wegen scandalösen Attentates auf zwei neunjährige Mädchen verhaftet worden. Das Gericht ließ ihn auf freiem Fuße, obwohl sein Verbrechen schon seit 8 Tagen bekannt war.

## Provinzial-Zeitung.

II. Breslau, 7. Jan. [Zu den Wahlen.] Die gegenwärtige Wahlbewegung, die an Lebhaftigkeit alle vorangegangenen, selbig diejenigen während der Conflictzeit weit übertrifft, hat nunmehr wohl ihren Höhepunkt erreicht. Am gestrigen Abend fanden allein vier zahlreich besuchte Wähler-Versammlungen, von denen zwei von der Fortschrittspartei, zwei von der nationalliberalen Partei berücksichtigt wurden, statt und der heutige Vormittag sah im Liebisch'schen Saale eine Wahlversammlung, deren Theilnehmerzahl nur wenig hinter derjenigen der Versammlung bei der Anwesenheit des Prof. Dr. Hanel zurückstand. Wenigstens war der grosse Saal des Liebisch'schen Etablissements in allen seinen Theilen fast vollständig gefüllt.

Die vor der Fortschrittspartei für die Wähler der Nicolaivorstadt nach dem Restaurationssaale der Centralhalle auf der Neuen Oderstraße berufenen Versammlung war von etwa 500 Personen besucht und wurde von Maurermeister Simon geleitet. Justizrat Friedensburg empfahl in längerer Ansprache den anwesenden Wählern die Candidatur des Herrn Dr. Hanel, indem er es zunächst für die erste und heiligste Pflicht eines jeden Staatsbürgers bezeichnete, sich auch wirklich an der Wahl zu beteiligen und von dem bedeutungsvollsten und wichtigsten Rechte, das im politischen Leben der Einzelnen auszuüben hat, nun auch Gebrauch zu machen. Es sollte Niemand meinen, auf seine Stimme komme es nicht an. Die Stimmen eines Einzelnen oder einiger weniger Wähler können leicht ausgeschlagen werden, daß der gewählte Abgeordnete angehört und das Votum eines einzigen Abgeordneten könne entscheidend sein für das Wohl und Wehe unseres deutschen Vaterlandes. Die zweite Pflicht eines jeden Wählers sei aber, sich zu prüfen, wem er denn seine Stimme geben wolle, wem er das hohe Vertrauen schenken wolle, nicht etwa bloß

die Stadt Breslau, heißt, daß ganze deutsche Volk im Reichstage mit zu vertreten.

Die deutsche Fortschrittspartei halte treu zu Kaiser und Reich, sie liebe und verehre unsern Heldenkaiser, sie wünsche, daß das Band, welches alle deutschen Stämme umhüllt, immer stärker werden möge, daß die Zahl der gemeinsamen Institutionen wachsen, die vorhandenen verstärkt werden mögen. Sie verlange, daß ihr Abgeordneten von denselben Grundsätzen beseelt, daß er durchdrungen sei von der Notwendigkeit des politischen Fortschritts auf gesetzlich geordnetem Wege, daß er die Fähigkeit besitze, das höchste Amt, welches einem Staatsbürger übertragen werden könne, würdig auszuüben, die Kraft, das, was er für recht erkannt, durchzuführen und den Willen, dem Vaterlande zu dienen mit seinen besten Kräften. Die deutsche Fortschrittspartei fordert, daß ihre Abgeordneten Kenntnis haben von den Zuständen des Landes, daß sie bekannt sind mit der historischen Entwicklung unseres Staatslebens, daß sie die Bedürfnisse und Wünsche des Volkes kennen, daß er aber auch seine Überzeugung nicht der Opportunität beuge, mit seinem Gewissen nicht vattire, um durch Verleugnung seiner Überzeugung vermeintlich Besseres zu erreichen, daß er fest an seinem Worte halte und gegebenen Falles spreche, wie der kühne Augustinermönch: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir, Amen!

Redner geht demnächst auf eine Kritik der einzelnen Parteien ein, um zu zeigen, daß unsere Wahl nur auf einen Fortschrittsmann fallen könne, die nationalliberale Partei habe viele Männer von hoher Intelligenz und reinstem Patriotismus in ihrer Mitte, aber es sehe ihr jene Festigkeit, welche notwendig Erkanntes auch durchführt. Sie sei sicher auf den Compromiß eingegangen, weil sie fest überzeugt war, durch denselben etwas Gutes und Erfriedliches zu leisten. Über sie hat einen Fehler begangen, der nur Unheil im Gefolge haben könne. (Sehr richtig.) Das erste Unheil sei der tiefe Riß zwischen liberalen Parteien. Redner ist der Überzeugung, daß das lange hindurch bestandene Bündnis zwischen der Fortschritts- und der nationalliberalen Partei, so lange nicht eine derselben, wie im vorliegenden Falle, ihre liberalen Grundätze verleugnet, notwendig ist gegenüber der Reaction, welche stärker ist, als wir vielleicht glauben, notwendig, wenn jemals die liberale Partei das Ziel erreichen will, das jede politische Partei sich stellen muß, wenn sie nicht den Glauben an sich selbst verlieren will, das Ziel, die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen, die Plätze am Ministertische aus ihrer Mitte zu besezten. (Bravo!)

Das zweite Unheil, das aus dem Verhalten der nationalliberalen Partei entstanden sei, daß der Reichstag der Regierung gegenüber an Bedeutung verloren. Wenn die Regierung sehe, daß die Majorität desselben genug sei, aus Opportunitätsgründen ihre Überzeugung zu ändern, so werde sehr bald wieder der Fall eintreten, wo sie dem Reichstage zumuthet, daß er das, was er beschlossen, wieder rückgängig mache.

Das schlimmste Unheil sei aber die Schädigung des Ansehens des Reichstages beim Volke. Wenn erst die Stimmung im Volke Wurzel fasse, daß der Reichstag doch thue, was die Regierung wolle, so frage das Volk sehr bald, was derselbe nutzt und ein gefährlicher Indifferenzismus greife Platz.

Deshalb wolle die Fortschrittspartei dafür sorgen, daß solche Fälle wieder in Bezug auf die Justizgesetze geschlossen Compromiß sich nicht wieder ereignen und Männer von Charakterstärke und Charakterfestigkeit in den Reichstag gewählt werden.

Redner bemerkt, es wäre hier vielleicht der Ort, um auf die in einer Versammlung der Centrumspartei der liberalen Partei gemachten Vorwürfe zu antworten. Er glaubt jedoch, sich diesen enthalten zu können. (Sehr richtig!) Wenn auch die Zahl der Wähler, die in der Centrumspartei Versammlung vom 4. d. M. den Exhortationen ihrer Führer zugehört, eine recht respektable gewesen sei, so sei doch sicher die Zeit noch sehr fern, wo man im Ernst auch nur daran denken könne, in Breslau Männer wie Graf Wallerstein und Caplan Weinhold zu wählen. (Allzeitiges lebhafte Bravo!)

Bezüglich der socialdemokratischen Partei weiß Justizrat Friedensburg, wie er in einer anderen Versammlung bereits ebenfalls gethan, nach, daß ein Partien mit dieser Partei undenkbar sei.

Da also weder die nationalliberale, noch die ultramontane oder socialdemokratische Partei den Anforderungen entspreche, die wir an unsere Abgeordneten stellen, so wählen wir einen Mann der Fortschrittspartei. Auch diese Partei sei nicht unfehlbar und mag auch nicht den Anspruch, es zu sein, aber sie habe sich als eine Partei der Treue und Wahrhaftigkeit bewiesen, ihre Mitglieder seien gekürt im Kampfe mit dem Leben, sie kennen die Bedürfnisse des Landes nach allen Richtungen. So weit es menschlichen Wissen und menschlichen Kräften möglich ist, haben sie Abhilfe zu schaffen gefunden, wo Nebelstände sich zeigten. Redner erinnert an die Bemühungen Schulze-Delitzsch's um das Wohl der arbeitenden Klassen, an das Hilfsfahrtengesetz, das Haftpflichtgesetz u. s. w., an die Verdiente Richter bei den vorjährigen Steuervorlagen, an die Interpellation bezüglich der jüngsten Zollerhöhungen an der russischen Grenze, um zu zeigen, daß die Fortschrittspartei keine Gelegenheit verlässt, um die Rechte des Volkes zu wahren und seine Wohlfahrt zu fördern.

Indem Redner schließlich noch der Bedeutung Hänels für die Fortschrittspartei und seiner Verdienste um dieselbe in den anerkennendsten Worten gedacht, empfiehlt er dringend und auf das Wärme den Anwesenden, ihre Stimmen nur diesem bewährten Führer der Fortschrittspartei zu geben.

Das Herr Justizrat Friedensburg im Sinne der überwiegenden Majorität der Anwesenden gesprochen, bewies der allzeitige lebhafte Applaus, der seiner Ansprache folgte, sowie der Umstand, daß Niemand weiter sich zum Worte meldete, so daß der Vorsitzende die Versammlung bereits um 9 Uhr wieder schließen konnte.

Die Versammlung von Wählern der Fortschrittspartei, welche für den Ostbezirk im Saale des „Weizen-Hirten“ auf der „Großen Scheitnigerstraße“ tagte, war von circa 300 Personen besucht, darunter ein nicht unbedeutender Bruchteil Socialdemokraten. Herr Dr. Richter eröffnet die Versammlung, indem er von vornherein bemerkte, daß jeder Redner, welcher sich zum Worte melde, sich zur Fortschrittspartei gehörig erachten müsse. 4 Parteien stehen, wie Redner fortfährt, bis an die Zähne gerüstet in Breslau einander gegenüber, von denen jede die größtmögliche Anstrengung macht, ihre Kandidaten durchzubringen. Die Fortschrittspartei ist der Überzeugung, daß sie im ersten Aulauf ihre Kandidaten durchbringen wird. Redner gibt demnächst einen Überblick über die Organisation der Fortschrittspartei in Breslau, über den Wahlmodus und berichtet über die Thätigkeit des Comite's.

Hierauf erhält Prediger Reichenbach das Wort, welcher zunächst einen Überblick über die Entstehung und die Geschichte der Fortschrittspartei gibt. Das Programm dieser Partei stelle 3 Forderungen: 1) Das Recht der Volksvertretung, 2) das Zustimmungs- resp. Bewilligungsrecht der Abgeordneten, und 3) die Verantwortlichkeit der leitenden Staatsbehörden. Der erste Punkt sei erreicht. Der zweite Theil sei insofern nicht ganz in Erfüllung gegangen, als die Regierung fortwährend bestrebt sei, dies oder jenes der Zustimmung resp. Bewilligung der Volksvertretung zu entziehen. Redner erinnert an das Septembertum. Der 3. Punkt sei noch gar nicht in Erfüllung gegangen. Bismarck habe erst voriges Jahr erklärt, er sei nur dem Kaiser und nicht dem Reichstage verantwortlich. Dies sei eben der Unterschied zwischen einer monarchischen und republikanischen Regierung. Wir dürfen nicht eher ruhen, bis diese Forderung erfüllt ist. Aus diesen Grundforderungen gehen die anderen kleineren Forderungen der Partei hervor. Es ist erklärlich, daß Mitglieder einer Partei in solchen kleineren Forderungen verschiedener Ansicht sind. Ich wäre, entgegengesetzt zur Partei, der Ansicht, daß das allgemeine gleiche und direct Wahlrecht auch auf die kommunalen Verbände ausgedehnt würde. (Beifall der Socialdemokraten.)

Anderer Parteidarbietende sind anderer Ansicht (Rufe: Hänel, Stein). Darum hat man noch nicht die ganze Partei zu verwerfen. In anderen Parteien finden wir dieselben Erscheinungen. Die deutsche Fortschrittspartei hat sich zunächst nicht hohe Ideale gestellt, sondern diejenigen Forderungen auf die Tagesordnung gesetzt, die am nächsten liegen und die mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse erreichbar sind. Darauf hin haben wir Sie eingeladen, um Ihre Stimme einem Manne zu geben, der von diesen Grundsätzen beseelt ist. Redner geht zu einer Schilderung der politischen Parteien über. Die conservative Partei will alte Formen festhalten, was aber einer Auseinandersetzung gleichkommt, denn dasselbe kann nur durch Weiterentwicklung erhalten werden. Diese Partei röhrt sich in Breslau wenig oder gar nicht. Man zweifelt in diesen Kreisen selbst an der eigenen Convervierung. Was gilt noch ein durch die Geburt erworbener Titel, wenn der Mann sich nicht in anderer Weise verdientlich macht, wenn er nicht die Fähigkeit erwirkt, höhere Ämter zu verwalten? — Die Centrumspartei ist keine politische Partei, denn mosaisch-kartartig sind in ihr die verschiedensten Standpunkte vertreten. Ihr ist es nur darum zu thun, das ganze staatliche Leben wieder unter die Herrschaft der römisch-katholischen Kirche zu bringen. Diese Partei röhrt sich, sie gedenkt auch einen Sieg zu erringen, um so mehr, als sie in ihrem Krummstab, der in's Ausland gestoßen, verlebt worden ist. Redner achtet den Anhänger der conservativen Partei, wenn er sein Programm vertritt, in demselben Falle den Centrumsmann. Wenn aber eine Partei mir ihr Programm vor die Augen hält und sagt, daß wir ja gar nicht von einander abweichen, lies doch mein Programm, dann aber trog-

Programm, Prinzipien und Grundsägen sich durch das Stirrenzeln eines Mannes in's Bodenrinn lagen läßt, so verachte ich diese Partei. (Lebhafte Beifall.) Dies nenne sich auch liberale Partei, nämlich die nationalliberale Partei. Redner will es unterlassen, darauf hinzuweisen, was diese Partei dem Volke als einen Fortschritt vorzuhalten die Freiheit hat. (Beifall.)

Die socialdemokratische Partei ist die einzige, die mit uns auf der linken Seite steht, die höchste Potenz demokratischer Forderung. Sie hat Consequenzen gezogen, welche in den Prämissen wohl gegeben sein mögen, sie hat sie aber nicht gezogen aus rein politischem Interesse; sie ist als politische Partei nur eine Durchgangsphäre. (Rufe: Oho! lebhafte Murren.) Ja wohl, ich habe meine Ansicht aus Lasalle's Werken selbst gehopft. (Als Redner dies beweisen will, erhebt sich wiederum Murren.) Der Vorsitzende: Ich constate, daß diese Versammlung eine Verammlung der deutschen Fortschrittspartei ist und daß Nichtmitglieder Gäste sind. Die deutsche Fortschrittspartei wird sich ihr Hausersrecht zu wahren wissen! Prediger Reichenbach fährt fort: Wenn Sie Säge aus Lasalle's Schriften nicht anerkennen, so ist mir dies ein willkommenes Recht, Ihre Partei weiter zu kritisieren. Es ist von socialdemokratischen Parteimitgliedern behauptet worden, Lasalle sei ein Verräther (Rufe: Leise, leise) und Schweizer sei erfaust. Ich habe mich darüber nicht zu verantworten, sondern Ihre eigenen Parteimitglieder haben dies gesagt. Positive Forderungen hat diese Partei eigentlich gar nicht, sondern sie ist die reine Negation. Die Redner und Führer dieser Partei versteigern sich zu bloßen Illusionen. In Pforzheim ist z. B. dem Redner ein Socialdemokrat entgegentreten, welcher sagte: Wenn wir Alle diefelbe Nahrung hätten, dann würden wir auch geistig gleich entwickelt sein. (Gelächter und Murren.) In Frankfurt a. M. hat ein junger Mann der Socialdemokratie die Forderung aufgestellt, die Geschichtsschreibung müsse in Zukunft vom Volke in die Hand genommen werden. Was soll denn diese Phrasen heißen? Es schreibt eben der Geschichte, der sie zu schreiben im Stande ist. Ich werde mir das Geschichtsbuch des Arbeiters kaufen, wenn es nach der Kritik besser ist als das eines Gelehrten. (Beifall der Socialdemokraten.) Ich kann Sie nicht aufmuntern, einem Socialdemokraten die Stimme zu geben, weil er nicht mit dem Erreichbaren rechnet. Der socialdemokratische Kandidat ist ferner nicht Kandidat des Volkes, sondern eines Standes. Eine Vertretung der einzelnen Stände aber ist zu verwerfen. Die socialdemokratischen Kandidaten werden in blumenericher Sprache das Glück der Arbeiter schildern, die, nebenbei gesagt, in der Drostei bei meinem Hause vorbei in die Kniee fahren (Murren). Der socialdemokratische Kandidat mißbraucht ferner sein Mandat, indem er statt im Reichstag zu sitzen, im Lande herumfährt. Wer eine vernünftige freiheitliche Entwicklung ist, kann nur den Dr. Julius Stein wählen. Das soll für ihn am Abend seines Lebens eine Ehrengabe sein (Beifall. Murren.) Zu den Socialdemokraten: Es ist sehr leicht, auf den Mann einen Stein zu werfen, der die freiheitliche Wahl gebrochen hat. Ihnen wird, wenn Sie Ihre Schuldigkeit gethan, auch einst der Dant vorstehen werden (lebhafte Beifall).

Der Vorsitzende: Eben hat ein Herr um's Wort gebeten, dem ich es nicht geben könnte, weil er nicht zur Fortschrittspartei gehört. Er nannte sich Schumacher (lebhafte Bravo der Socialdemokraten). Sie sind Gäste. Gäste können nicht mitstimmen (Widerspruch). Wir haben den Saal gemietet, er ist gegenwärtig unserer Eigentüm. Ich will Ihnen indes entgegen kommen und es in die Hände der Majorität der Mitglieder der Fortschrittspartei legen, ob Gäste sprechen dürfen oder nicht. Nur wenige Hände erhoben sich dafür, daß Gäste sprechen dürfen. Der Vorsitzende: Herr Schumacher hat das Wort nicht (Gebrüll der Socialdemokraten). Ich schließe die Versammlung. Unter Wutgeheul verlassen die Socialdemokraten den Saal. — Zum Schluß der Versammlung waren übrigens an geeigneten Stellen zahlreiche Schuleute postiert.

Die nationalliberale Wählerversammlung, welche für die Wähler der Nicolai-Vorstadt in dem Hörselschen Saale abgehalten wurde, war von etwa 600 Personen besucht, von denen allerdings ein nicht unbedeutender Theil nicht der nationalliberalen Partei angehörte. Die Leitung der Verhandlungen übernahm Dr. Lion, die Ansprache an die Versammlung Geheimerath Wachler. Letzterer führte aus: Als ich zum Zweck der Landtagswahlen den vereinigten liberalen Parteien gegenüber aufgetreten wurde, zu sprechen, da sagte ich: Sie kennen mich; Wachler ist da, wenn es gilt, bestehende gesetzliche Freiheiten aufrecht zu erhalten, notwendige neue zu erstreben! Heute befindet ich mich in einer anderen Lage; ich bin nicht Kandidat, auch die Verhältnisse der liberalen Parteien haben sich geändert; ich komme dem Auftrage nach, zur Verständigung über die gegenwärtige Situation einige Aufklärungen zu geben. Wenn ich voraussetze, daß ich seit 1848 im politischen Leben fortwährend thätig gewesen, daß ich länger als 50 Jahre im Justizdienst gestanden, so wird man wohl zugeben, daß ich in dieser Reihe von Jahren auf beiden Gebieten einige Erfahrungen gesammelt und daß ich in Bezug auf die Justizgesetze mitzureden, Ratschläge zu geben befähigt sein dürfte.

Was bewegt uns denn zu unseren Zusammentreffen, was steht in Frage? Es ist die Erscheinung, daß zwei liberale Parteien, die früher Hand in Hand gegangen, jetzt Gegner sind von Person zu Person und doch sind es dieselben Menschen, die selben Zielen verfolgend, jeder für sich behauptend, dazu auf gutem Wege zu sein. Die Justizgesetze, welche diese Erscheinung hervorgerufen, anlangend, führt Redner aus, daß Prüfung und Beurkundung über so umfassende Gesetzesvorlagen durch ein Parlament immer mit großen Schwierigkeiten verbunden seien, daß man hätte erwarten sollen, die Gesetze würden so vorbereitet in den Reichstag eingebracht werden, daß ihre en bloc-Annahme gesichert war, wie dies beispielsweise mit der Bormiuschts-Ordnung im Landtag der Fall gewesen. Bekanntlich wurde den Justizgesetzen gegenüber im Reichstage anders verfahren. Die Bundesregierung erhob noch bei der 3. Lefung dieser Gesetze 17 Einwendungen, welche sie für so erheblich erachtete, daß sie die Annahme der Gesetze davon abhängig machte.

Bei der Wichtigkeit der Sache waren es Parteigenosse, welche eine Verständigung in Bezug auf diese Einwendungen herbeizuführen sich bemühten und von den schwierigen Fragen blieben nur 3 übrig: die Abschwächung des Kompetenzverfahrens und die die Presse betreffenden bestimmen Theile. Diese 3, eigentlich nur 2 Punkte wurden fallen gelassen und dadurch wurden die gesamten Justizgesetze nach der Meinung anderer so mangelhaft, daß sie unannehmbar waren. Der durch die nationalliberale Partei herbeigeführte Compromiß hat dieser Partei die härtesten Vorwürfe zugezogen. Für mich liegt die Sache so: Ware ich Mitglied des Reichstags gewesen und die Umstände hätten gelegen, wie sie eben lagen, dann würde ich, wenn auch dem Unerreichten gegenüber mit schwerem Herzen, doch die Justizgesetze angenommen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Mir geht Deutschlands Rechtseinheit weiter, als das Einzelinteresse der Prese, die höher gestellt werden soll, als andere es beanspruchen können. (Beifall.)

Ob alles, was strafbar, den Schwurgerichten zu überweisen, darüber herrschend verschiedene Anschaunen. Ich bin Anhänger der Schwurgerichte, als der wahren Volksjustiz, nach welcher das Gericht sein Strafurteil zu fällen hat; aber es gibt auch sehr gewichtige Gegner der Schwurgerichte und es sind ihnen eine Menge Sachen entgegen, die der diätischen Anstrengung der Bürger bei den Schwurgerichtsverhandlungen gegenüber doch zu geringfügig erscheinen. Preszvergehen sind in Preußen seit 1849 niemals vor Schwurgerichten verhandelt worden. Da nun die Frage wegen der Ausdehnung der Regierung auf Preszvergehen nicht eine solche ist, in der alle, auch nicht einmal die Vertreter der Presse selbst, übereinstimmen, ist es da nicht angezeigt gewesen, die Entscheidung über diese Frage bis dahin zu verschieben, wo die Verschiedenheit der Anschauungen sich mehr geflirtet? Dem Zeugnisswange ist jeder Bürger unterworfen, er muß dem Gerichte Auskunft geben über das, was er weiß; warum soll es der Redakteur nicht, der Schandartikel veröffentlicht?

Diese, für sich allein betrachtet, noch so zweifelhaften Fragen lassen es wohl als nicht ungerechtfertigt erscheinen, wenn sie durch den Compromiß der Zukunft zur Lösung vorbehalten blieben. Entscheidend aber ist es, daß wir keine Reichsverfassung haben, nach welcher der Reichstag allein die Gesetze macht, sondern daß dieselben nur zu Stande kommen unter Zustimmung des Bundesrates und nach der Sanction durch den Kaiser.

Nun kann ich nicht sagen: Ja, die Regierung würde sich schon gezwungen haben, dem Gesetz nach einigen Jahren zuzustimmen; wie soll sie denn gezwungen werden? Dagegen sage ich: Man kommt nicht zu Compromissen, ohne etwas aufzugeben und dafür etwas zu erhalten. Die Regierung hat die Presse behalten, dafür alles Andere zugegeben. Ohne Compromiß kommt nirgends etwas zu Stande. In England, in Amerika, wo es auch nicht ohne Compromisse abgeht, hat man aber so viel Achtung vor dem Parlamente, daß man gegen das, was dasselbe einmal beschlossen hat, nicht weiter spricht. Was würde die deutsche Nation gesagt haben, wenn durch den inneren Streit der Parteien die Justizgesetze nicht zu Stande gekommen wären? Wenn erst diese Gesetze allgemein gefaßt und ins Leben getreten seien werden, dann wird man zugesehen: Es gibt keinen größeren Fortschritt, als den durch diese Gesetze herbeigeführten.

Redner erörtert dies in Bezug auf die einzelnen Justizgesetze. Er spricht sich dann über die ganz unerhörte Erfindung aus, daß wegen eines abgegebenen Votums die eine Partei die andere so behandelt, als dies der nationalliberale unter dem Bannstrahl des Central-Wahl-Comites der Fortschrittspartei zu Berlin widerfahren. Und wie hat die Fortschrittspartei sich gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes, in welcher die Grundrechte nicht gesichert wären, wie hat sie gegen die deutsche Reichsverfassung, weil sie nicht Freiheiten genug gewährte, sich verhalten? Ja, im Staatsleben kann nicht Jeder verlangen, daß es gehen soll, wie er es möchte; nur durch Gesetze werden Rechte und Verpflichtungen geordnet, ergibt sich die gesetzliche Freiheit! (Beifall.)

Redner hofft, daß im Laufe weniger Jahre die jetzt getrennten liberalen Parteien wieder in zwei Colonnen mit einander marschieren werden, denn es ist ein politischer Fehler, wenn zwei sich nahestehende Parteien sich gegenseitig bekämpfen. Wie kommen die 33 Männer der Fortschrittspartei, welche gegen die Justizgesetze gestimmt, dazu, das ganze Land in Aufruhr zu bringen, in Verwirrung zu bringen.

Nachdem Redner einen Überblick über die Parteigestaltung im Lande und im Reichstage und über die politische Entwicklung gegeben, auch der Aufgaben gedacht, welche dem nächsten Reichstage zufallen dürften, empfiehlt er auf's Wärme die Candidatur v. Beiningen's und schließt mit einem Hoch auf diesen, in welches die Versammlung lebhaft einstimmt. (Langanhaltender Beifall.) Der Vorsitzende erklärt: Wenn der Bezirks-Wahlvorstand den Geheimrat Wachler erachtet, in der Versammlung zu erscheinen, so geschah es nicht, weil er Vorsitzender des Wahlvereins der nationalliberalen Partei ist, sondern es kam darauf an, von ihm, der als Typus des altpreußischen Richters dasteht, ein Urteil zu hören über die Justizgesetze. Es ist nicht gleichgültig, aus welchem Munde zu hören, daß durch die Justizgesetze nicht nur das nationale Band Deutschlands gefestigt, sondern auch wesentliche Vortheile errungen. Redner spricht dem Vortragenden den Dank der Bevölkerung aus, welches diese durch Erheben von den Plätzen einmütig sich anschlägt. Da sich bei der eröffneten Diskussion Niemand zum Wort meldet, wird die Versammlung gegen 9½ Uhr geschlossen.

Die von dem nationalliberalen Wahlcomite für den Ostbezirk berufene Versammlung war trotz der mangelhaften Publication ebenfalls ziemlich zahlreich besucht. Sie wurde vom Stadtvorordneten Kaufmann Schmoel eröffnet und vom Banddirect. Dr. Honigmann geleitet. In einer Auseinandersetzung über die Justizgesetze wies Dr. Alexander Meyer nach, wie durch die neue Civil-Prozeßordnung der Bürger schneller, klarer und wohlfreier zu seinem Rechte kommen, beleuchtete demnach die Concursordnung und die Vortheile, welche dem Geschäftstreibenden aus der Ausschreibung der verbesserten preußischen Concursordnung über das ganze Reich erwachsen und zog demnächst das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozeßordnung in den Kreis seiner Erörterungen. Redner resumirt dahin, daß die Justizgesetze freiheitliche Fortschritte genug enthalten, um uns über das Zustandekommen derselben zu freuen, daß der Bundesrat dabei mehr Zugeständnisse gemacht, als der Reichstag, daß durch die Annahme der Justizgesetze keine heiligen Volksrechte aufgegeben werden, und daß die Justizgesetze eine wesentliche Verbesserung unserer Rechte begrüßt werden können.

Unter Widerlegung der Vorwürfe, welche Benviggin als Gründer und Vater als Gründergebilde bezeichneten, empfahl Dr. Meyer die Candidaturen der beiden von der nationalliberalen Partei aufgestellten Männer.

Mit einem von Dr. Honigmann Namens der Hörer ausgesprochenen Dank an Dr. Meyer für den belehrenden Vortrag, welcher allzeitigen Beifall gefunden, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Wählerversammlung endlich, welche die Fortschrittspartei für heut Vormittag 11½ Uhr in den Lieblichen Saal einberufen hatte, war, wie bereits erwähnt, nicht minder stark besucht, als diejenige, welche bei Anwesenheit des Herrn Prof. Dr. Hänel in demselben Locale stattfand. Zu derselben waren nicht bloss die Mitglieder der Fortschritts-, sondern auch der nationalliberalen Partei eingeladen und auch die nicht geladenen Socialdemokraten unter Führung ihres Hauptagitateurs Reinders waren in ziemlicher Zahl erschienen. Dieselben hatten ihre gewöhnliche Artikelfolge befolgt und sich durch den ganzen Saal verteilt, so daß sie von allen Seiten aus ihre beliebten lärmenden Aufforderungen in Scène führten und den Gläubern erwidern konnten, als seien sie in überwiegender Majorität anwesend. Was dann noch fehlte, um die Illusion vollständig zu machen, erzielten sie durch Intensität ihres Beifalls- resp. Missfallens-Gebrüll.

auf die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien während der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und in den letzten Wahlen ein, um zu zeigen, daß die Fortschrittspartei wohl erwarten könnte, die nationalliberale Partei werde mit ihr stimmen.

Nachdem dann der Redner schließlich noch einen Blick auf die den nächsten Reichstag erwartenden Aufgaben geworfen, schließt er unter lebhaften Zuspruch mit der Aufforderung an die Anwesenden, dem Kandidaten der Fortschrittspartei ihre Stimme zu geben.

Demnächst ergreift Herr Dr. Hönigmann das Wort, um den Vorredner in einigen Punkten zu entgegnen. Der Redner will auf das von Dr. Steuer in Bezug auf die letzte große Differenz zwischen den beiden Parteien bezüglich der Juizitze gezeigt nicht näher eingehen; die nationalliberale Partei könne getrost das Urteil über ihr Verhalten der Geschichte überlassen und vielleicht werde schon ein sehr nahe liegender Raum dieses Urteil fallen. Redner geht nun auf das von dem Vorredner speziell über die hiesigen Verhältnisse Gesagte etwas näher ein und glaubt in dieser Beziehung einige Behauptungen derselben widerlegen und richtig stellen zu müssen. Er schließt mit der Versicherung, daß die nationalliberale Partei ihren Beschlüsse selbstständig vorzugeben, nicht bereue. (Beifall von nationalliberaler Seite.)

Rach einer kurzen Erwiderung durch Herrn Dr. Steuer erhält auch noch Herr Reinders das Wort. Derselbe weist zunächst den Vorwurf zurück, als seien seine Parteigenossen nur gekommen, um die Verhandlungen zu stören, sie seien gekommen um zu hören. Herr Dr. Steuer habe das Programm der Socialdemokraten entstellt und er (Redner) müsse Beweise dafür verlangen, daß die Socialdemokratie die Aufhebung der Che, des Eigentums u. s. w. anstrebe. Nur in Bezug auf die Aufhebung des Erbrechtes müsse er dem Vorredner Recht geben, diese erste die socialdemokratische Partei. Sie wolle ihre Ziele aber nur erreichen, indem sie die Bildung des Volkes fördere. Werden die anderen Parteien ebenfalls dafür sorgen, dann werde die Kluft, welche gegenwärtig zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Arbeit und Kapital besteht, bald kleiner werden. Über die letzten Vorgänge im Reichstage und den daraus hervorgegangenen Bruch zwischen den beiden liberalen Parteien will Herr Reinders kein Wort verlieren. — „Umso“ erklärt er, „ist das Alles sehr gleichgültig. Sie werden sich so lange zanken, bis die Socialdemokratie den Sieg davon tragt.“ (Lebhafte Bravo.)

Herr Dr. Steuer hält seine Behauptung, die socialdemokratische Partei wolle die Che, die Familie, das Eigentumsrecht aufheben, aufrecht. Daß die Partei das Erbrecht anheben wolle, habe Herr Reinders zugestanden, dies sei aber nichts Anderes als die Aufhebung des Eigentums und habe auch die Aufhebung der Che und der Familie zur notwendigen Folge.

Hierauf wurde, da sich Niemand weiter zum Wort gemeldet, die Versammlung gegen 1 Uhr geschlossen.

\* \* \* Breslau, 8. Jan. [Kirchliche Wahlen.] Gestern fanden in den Stunden von 11 Uhr Vormittags bis 3 Uhr Nachmittags die Erstwahlen für die ausgelosten Mitglieder der kirchlichen Gemeinderäthe und Gemeindevertretungen statt.

In der Elsterausend-Jungfrauen-Gemeinde waren 7 Gemeindekirchenräthe und 23 Mitglieder der Gemeinde-Vertretung zu wählen. Es waren circa fünfzehn Prozent der wahlberechtigten Gemeinde-Mitglieder erschienen. Es wurden gewählt zu Mitgliedern des Gemeinde-Kirchenrats: 1) Partikular Grünnas, 2) Geh. Justiz- und Appellations-Gerichtsrath v. Reiche, 3) Stadt-Hauptkassen-Rendant Winkler, 4) Mühlstein-Fabrikant Scholz, 5) Brauereibesitzer Sindermann, 6) Reg.-Sectr. Warzeda, 7) Maurermeister Buppert. Sämtliche wurden mit allen (66) Stimmen erwählt. Zu Mitgli. der Gemeindevertretung wurden gewählt: 1) Rsm. Gigas (66 St.), 2) Mühlenscheiter Herbig, (66 St.), 3) Restaur. Martin (66 St.), 4) Kaufmann Monstl (66 St.), 5) Seifenfabrikant Rosenbaum (66 St.), 6) Fabrikbesitzer Schube (66 St.), 7) Mühlenbesitzer Strand (66 St.), 8) Particular Kalinke (66 St.), 9) Hausbesitzer Leßfeld (66 St.), 10) Rector Große (66 St.), 11) Ziegelseitzer Landek (66 St.), 12) Brauereibesitzer Ritter (66 St.), 13) Oberlehrer Ulrich (66 St.), 14) Kaufm. Stenzel (66 St.), 15) Buchhändler Woywood (66 St.), 16) Part. Scholz (66 St.), 17) Schmiedemstr. Suhantke (66 St.), 18) Büstensabrikant Mörsch (66 St.), 19) Kaufm. Gießer (65 St.), 20) Inspector Schunke (65 St.), 21) Exped. Vorsteher Melcher (64 St.), 22) Kaufm. Hanse (64 St.), 23) Rathsscretar Stürz (64 St.).

— a. In der St. Bernhard-Gemeinde wurden wieder resp. neu gewählt: a. in den Gemeinde-Kirchenrat: Bezirks-Vorsteher Göhlich, Particulier Hugo Hübner, Prof. Dr. Räßiger, Director Dr. Reimann, Rector Selßam und Dr. med. Schmeidler; b. in die Gemeinde-Vertretung: Ziegelseitzer Borowsky, Polizei-Commissionarius David, Particulier Ester, Stadt-Gerichts-Rath Fritsch, Apotheker Gedemann, Rath-Maurermeister Knauer, Oberlehrer Dr. Meister, Buchhändler Max Müller, Kaufmann Nowak, Dr. phil. Pach, Rector Pfleider, Erbsch. Andreas Schäpe, Oberlehrer Dr. Schmidt, Kaufmann und Stadtverordneter Schmoel, Erbsch. Springer, Vor-schulreher Friedrich Sturm, Kaufmann und Stadtverordneter Reinhold Sturm und Bühnenmeister Walter.

In der St. Maria-Magdalena-Gemeinde wurden gewählt: a. in den Gemeinde-Kirchenrat: Appellations-Gerichtsrath Dames, Gymnasial-Director Dr. Heine, Kaufmann und Stadtverordneter Julius Neugebauer, Brauereibesitzer Carl Scholz, Kaufmann und Stadtverordneter Carl Sturm und Kaufmann C. J. Weinhold. b. in die Gemeinde-Vertretung: Hausbesitzer Demmig, Erbsch. Flegel, Rector Franz, Apotheker Gör, Bergbaumeister und Stadtverordneter Dr. Serlo, Kaufmann Eduard Kionka, Schlossermeister Krämer, Fleischermeister H. Weinhold jun., Seifenfiedermeister Müller, Kaufmann Carl Neugebauer, Bädermittel-Aufsteller Pöhl, Brauereibesitzer Ruppert, Regierung-Sekretär Späth, Kaufmann Gustav Sperlich, Rector Wuttke, Kaufmann Carl Fleischer, Stadtrath Friederic, Kürschnér-Oberältester Klose, Fleischermeister Künzel und Kreisgerichtsrath von Rosenberg-Lipinski.

In der St. Elisabeth-Gemeinde wurden gewählt: a. in den Gemeinde-Kirchenrat: Stadt-Rath Wilhelm Grun, Partikular Carl Ernst Wolf, Kaufmann Heinrich Fugler, Rector Hoffmann, Rector Dr. Castell und Schuhfabrikant C. J. Elsner; b. in die Gemeinde-Vertretung: Kunstdrägermeister Anger, Kaufmann Gustav Biller, Kaufmann Oscar Bod, Kanzlei-Director Moritz Buchwald, Böttchermeister Feustel, Geh. Commerzien-Rath Frank, Archibrath Prof. Dr. Grünhagen, Schneidermeister August Heidemann, Particulier Kalinke, Justizrat Krug, Silberarbeiter Krutke, Hauptlehrer Lehner, Rechtsanwalt Löwe, Strohhußfabrikant Monse, Bädermeister Heinrich Höller, Gymnasiallehrer Adolf Sudow, Ober-Steuer-Controleur Thimel und Stadtgerichtsrath Ernst Bisch.

In der St. Barbara-Gemeinde wurden gewählt: a. in den Gemeinde-Kirchenrat: Rector Karl Speck und Particulier Wilhelm Wahner; b. in die Gemeinde-Vertretung: Kaufmann Julius Mindner, Lehrer Karl August Köhler, Beamter Berthold Schimmel, Lehrer Julius Scholz, Bauergutsbesitzer und Gerichts-Scholz Karl Pohl, Brauereibesitzer Benjamin Peuder, Lehrer Karl Gerstenberg und Kaufmann Wilhelm Ologos.

= [Einsturz eines Canals.] Gestern Mittag bald nach 12 Uhr ist der alte Canal an der Promenade am Ausgänge der Bahnhofstraße plötzlich eingestürzt. Von einem Augenzeugen der in diesem Augenblick gerade vorüberging, wird uns mitgetheilt, daß es einen überraschenden und ängstlichen Eindruck mache, als plötzlich drei große Steine des Straßenspalters an der betreffenden Stelle sich ohne jeden sichtbaren Einfluß bewegten, in Schwanken gerieten und in das darunter liegende Erdreich nachstürzten. Hierauf fiel der Boden im Umkreise von mehreren Metern nach und entstand eine ziemlich große Depression, welche über  $\frac{1}{2}$  der Straße reichte. Der Canal war aber noch nicht darunter verschüttet, um jeden Abfluß des Wassers aus dem neuen hereinlindenden Canal zu hemmen, daßselbe floß vielmehr noch wie vor fort. Der betreffende eilte sofort zur Feuerwehr und machte von dem Vorfall Anzeige. Dieselbe traf auch alsbald die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln wegen des Wagenverkehrs. Nach wenigen Stunden schon wurden Arbeitskräfte herangezogen, um den Schaden zu reparieren. Auch in der Nacht sind die Arbeiten fortgesetzt worden. Heute früh jedoch war der beschädigte Theil des Straßendamms noch nicht wieder fahrbar.

X. Neumarkt, 6. Jan. [Tageschronik.] Die vorherrschende milde Temperatur bringt hier eine reiche Vegetation hervor, nur wenige Tage noch, und wir können von blühenden Weihen berichten. — Von den an dem Haubdorff-Neumarkt Wege stehenden Bäumen sind wieder durch Frevelhand von 10 jungen Straßenbäumen die Kronen abgebrochen worden. Auf die Ermittelung des Thäters ist wieder eine Prämie ausgesetzt. — Es sei hier eine kleine Bemerkung gestattet, welche im Sinne und zum Besten der Provinzialstadtbewohner geschieht. Es betrifft den Besuch des Circus Renz in Breslau. Die Vorstellungen der genannten Gesellschaft endigen zu einer Zeit, wo der die Bahn zur Rückfahrt benötigende Provinzialstadt-Bewohner längst auf der Heimreise begriffen sein muß. Aus diesem Grunde müssen sich viele Bewohner kleiner Landstädte diesen Genuss versagen. Sollte Herr Renz dieser Notiz einige Beachtung schenken und die Vorstellungen zeitiger ansetzen und eher endigen, so würde ihm ein größerer Nutzen entstehen und wie diese Aenderung mit Freuden begrüßt.

— Neisse, 6. Jan. [Verhaftung. — Selbstmord.] Der Einbrecher, welcher am dritten Weihnachtsfeiertage den Schreibtisch des Ober-

Stabsarztes Dr. R. hier ausgeraubt hatte, ist am 3. d. Mts. ermittelt und verhaftet worden. Es ist ein gewisser Franke aus Neuland, ein schon mehrmals bestrafte Mensch, welcher sich durch Neuanfassungen theurer Kleidungsstücke und ein sehr fides Kniebleiben verdächtig mache, so daß die Aufmerksamkeit der Polizei auf ihn gelenkt wurde. Zum Glück wurden bei ihm die ausländischen Geldsorten noch vorgefunden, wodurch seine Thätigkeit unzweifelhaft klargestellt werden konnte. Etwa den dritten Theil des gestohlenen Geldes hatte der Dieb bereits verausgabt. — Vorigestern erschien sich unweit Giesmannsdorf ein Lazarethgehilfe von hier, welcher seinen Urlaub um mehr als eine Woche überschritten hatte und daher strenger Bestraft gewißt sein mußte. Seine Leiche wurde hierher gebracht und heute beerdigt.

[Notizen aus der Provinz.] \* Görlitz. Die „Nied. Ztg.“ meldet unter 6. Januar: Der neue Reichstags-Candidat, Herr Dr. Grothe aus Berlin, ist heut hier eingetroffen und hat unmittelbar nach seiner Ankunft den Herren, welche sich für seine Wahl interessieren, in einem längeren Vortrage seine Ansichten mitgetheilt. Herr Dr. Grothe ist der Ansicht, daß in den letzten zehn Jahren die deutsche Industrie in schrednerregender Weise zurückgegangen sei. Er sucht den Grund dieser Erscheinung in dem Versall des mittleren und Kleinewerbes, der von der mangelhaften Ausbildung der Arbeiter herrühre. Hier müsse die befehrende Hand zuerst angelegt werden. Darin und nicht in der Nachahmung der englischen Großindustrie liege die Heilung unserer wirtschaftlichen Schäden. Indem Herr Dr. Grothe dieses Thema eingehend erörterte und als seinen politischen Standpunkt den Nationalliberalismus bezeichnete, verwies er auf den Vortrag, den er heute Abend im „Hirsch“ zu halten beabsichtigte.

+ Ratibor. Der „Ob. Anz.“ berichtet: Bei der am 3. und 4. d. M. auf dem Grafen Arcs gebürgten Herrschaft Groß-Goritz, Kreis Ratibor, abgehaltenen Jagd wurde ein Ergebnis von 80 Stück Wild erzielt. Es waren an beiden Tagen nur 7 Schützen und schossen dieselben auf 12 Morgen Remise 262 Fasanenhähne und auf ca. 2500 Morgen Feld 558 Hasen. Es ist dies ein Resultat, wie es in Überschreiten wohl selten erreicht sein dürfte, und kann es nur der vorsätzlichen Pflege des Wildes Seitens des Besitzers zugeschrieben werden, daß ein derartiges Ergebnis erzielt wurde.

▲ Neisse. Die „Neiss. Ztg.“ berichtet unter 5. Januar. Auf gestern Nachmittag 2 Uhr hatte der Bürgermeister Winkler im Auftrage des Landrats einen Termin zur Übergabe des Inventars der Kreuzkirche an die „Altkatholiken“ in eben dieser Kirche anberaumt und den Kirchenvorstand der kath. Pfarrgemeinde dazu eingeladen. Ob der Termin abgehalten worden, entzieht sich meiner Kenntnisnahme. Der kath. Kirchenvorstand ist in demselben nicht erschienen und hat dem Bürgermeister Winkler ein Schreiben folgenden Inhalts zugehen lassen: Am Mittwoch wollten einige Mitglieder des Kirchenvorstandes in der Kreuzkirche das dort vorhandene Inventar mit dem seiner Zeit dem Landratsamt eingereichten Verzeichnisse vergleichen und die zur Zeit in den Händen der an der Kreuzkirche angestellten Geistlichen befindlichen Gegenstände, welche bisher bei dem für das Oberhospital wegen Überweisung der Kreuzkirche an die Altkatholiken in der Pfarrkirche statthaft befinden Gottesdienste gebraucht wurden, in die Sakristei der Kreuzkirche befördern. Dabei fanden sie, daß die Schlosser an der Thüre der Sakristei u. s. w. geändert waren, so daß ihnen der Zugang verhürt war. Auf dem Polizei-Bureau erklärte der Polizei-Inspector Brinckwitz, daß er wisse, daß die Schlosser geändert worden und sich meigere, für die Öffnung der Kirche zu sorgen. Die Kirchenvorstandsmitglieder hätten ihr Vorhaben deshalb nicht ausführen können und hätten um Auskunft, weshalb und mit welchem Rechte man ihnen den Zurtritt zu der Kirche verwehre. Zugleich hat der Kirchenvorstand ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft gerichtet und um Auflärung über die Beschlagnahme der Musik-Instrumente durch den Polizei-Inspector Brinckwitz gebeten.

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 7. Januar. Die „Politische Correspondenz“ veröffentlicht ein Telegramm aus Konstantinopel von gestern Abend, nach welchem die offiziellen Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der Mächte und den türkischen Ministern noch keine Annäherung herbeigeführt haben. Die Pforte beharrte, obwohl sie die Modificationen des Conferenzprogrammes kenne, auf ihrer Weigerung, dasselbe auch nur zu discutiren, wogegen die Bevollmächtigten die Discussion der türkischen Gegenorschläge ablehnten. Gelänge es nicht, die Pforte umzustimmen, so sei eine nochmalige Sitzung der Conferenz überhaupt fraglich, oder es dürfe in der nächsten Sitzung eine Sommation der Mächte an die Pforte erfolgen.

Paris, 8. Jan. Der „Moniteur“ führt aus, die Pforte suche den Sinn der Conferenzvorschläge zu entstellen, um glauben zu machen, daß sie die Unabhängigkeit und Integrität der Türkei beeinträchtigen. Der „Moniteur“ sagt: Wenn Bulgarien durch eine besondere militärische Streitmacht besiegt werden müsse, werde es eine türkische, keine freunde sein; wenn eine internationale Commission eingesetzt werden müsse, werde ihr Mandat nur einjährig sein, daher keinen permanenten Charakter haben. Die letzten Berichte aus Konstantinopel versichern, daß die Verhandlungen fortduern und die Conferenz voraussichtlich noch zusammentritt, bevor der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgt.

Madrid, 5. Jan. Die erste Legislaturperiode der Cortes seit der Regierung König Alfons XII. ist gestern vom Minister-Präsidenten Canovas del Castillo geschlossen worden. Der Minister betonte in seiner Schlussansprache, daß das Ministerium fortfahren werde, eine Politik einzuführen, welche ihr Mandat nur einjährig sein, daher keinen permanenten Charakter haben. Die letzten Berichte aus Konstantinopel versichern, daß die Verhandlungen fortduern und die Conferenz voraussichtlich noch zusammentritt, bevor der Abbruch der diplomatischen Beziehungen erfolgt.

Brüssel, 6. Januar. Das Handels-Gericht hat die Compagnie des bassins houilleurs nach Vorlegung ihrer Bilanz für fallit erklärt.

Konstantinopel, 6. Jan. In Betreff der von Rumäniens geltend gemachten Einwendungen gegen Bestimmungen der promulgirten türkischen Verfassung wird seitens der Pforte als Prinzip festgehalten, daß Änderungen einzelner Verfassungsbestimmungen durch den Sultan und das Ministerium nicht zulässig seien; es seien dieselben lediglich durch Beschlüsse der zu berufenden Landesvertretung zulässig. In dieser Weise soll auch der Abgesandte Rumäniens beschieden werden.

Konstantinopel, 6. Jan. Die Conferenzbevollmächtigten trafen heute bei dem General Ignatoff zu einer Vorberathung für die Montags-Conferenz zusammen. Bei aller Mäßigkeit in der Form verlangt man von der Pforte im Prinzip die Anerkennung des Mächte-Programms.

Konstantinopel, 7. Jan. Wie verlautet, soll der Sultan den türkischen Botschafter in Paris, Sadit Pascha, aufgefordert haben, sich hierher zu begeben, um an den Verhandlungen der türkischen Minister, sowie der Conferenzbevollmächtigten Theil zu nehmen. Sadit Pascha werde bereits gegen das Ende der nächsten Woche hier erwartet und werde voraussichtlich zwei Monate hier verweilen.

Konstantinopel, 7. Januar. Die europäischen Delegirten hatten gestern Abend in einer Besprechung bei Ignatoff beschlossen, dem Vernehmen nach in der morgenden Conferenz zu erklären, daß sie ihre Intentionen unverändert aufrecht erhalten und über das bereits Zugestandene hinausgehende Concessions nicht machen könnten.

Bukarest, 7. Jan. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Demeter Sturdza hat seine Demission gegeben.

New-York, 6. Jan. Der Hamburger Postdampfer „Lessing“ ist in vergangener Nacht hier eingetroffen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Wien, 6. Jan. Von vollkommen autorisirter Seite wird bestätigt, daß die von der „Agence Havas“ verbreitete Nachricht, als seien die Mächte gewillt, das Conferenz-Programm derart zu modifizieren, daß der Punkt der materiellen Garantie daraus entfernt werden solle, unrichtig ist. Das Petersburger Cabinet hat ganz präcis erklärt, daß es von dem in der Vorconferenz vereinbarten Programme nicht das Geringste nachgeben werde. Sämtliche Conferenz-Mitglieder thieilen dieselbe Ansicht, nur bemühen sich die Vertreter Österreichs ihre Collegen zu be-

wegen, die Gegenorschläge der Pforte einer Discussion zu unterziehen. Es ist daher möglich, daß noch eine oder zwei Sitzungen für Prüfung der Gegenorschläge stattfindet. Es ist jedoch fast keine Hoffnung für deren Annahme vorhanden.

Konstantinopel, 6. Jan. Im türkischen Ministerrath trat Ruschdi Pascha gegen alle Friedensschritte auf. — Midhat Pascha hat die Redactrice der Zeitungen ersucht, die öffentliche Stimmung zu beruhigen. — Sämtliche Delegirten haben offiziell die Erlaubniß erhalten, sofort abreisen zu dürfen. Dieselben seien jedoch die Verhandlungen vorläufig noch fort.

Konstantinopel, 6. Jan. Die Pforte hat die Aufnahme einer Zwangsanklage von  $2\frac{1}{2}$  Millionen Pf. St. beschlossen. Die Vertheilung soll dem Vermögen entsprechend vorgenommen werden. Für Arme zahlen die Reichen. Das Parlament soll im März zusammentreten. Die Wahlen haben bereits begonnen. — Die Bulgaren werden gezwungen, eine Dankadresse für die neue Constitution abzufassen.

### Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 7. Jan. Abends. Boulevard-Verkehr. 3proc. Rente 71, 05, Alethe de 1872 106, 05, Türk. de 1865 11, 55. Egyptier 247, 50, Banque ottomane 377, 50. Ruhig.

Berlin, 7. Jan. Nachm. 1 U. 40 M. [Privatverkehr.] Credit-Action 227, 00 à 226, 00, Franzosen 407, 50 à 406, 50, Lombarden 125, 50 nom, 1860er Loose 95, 75 à 95, 50, Silber-Rente 53, 90, Papier-Rente 49, 25 à 49, 10, Goldrente 58, 10, Italiener 71, 00 à 70, 90, 5proc. Türk. 11, 75, Rumäniens 13, 50, 5proc. Amerikaner —, Köln-Mindener Bahn 101, 00, Bergisch-Märkische Bahn 80, 10, Rheinische Bahn —, Galizier 82, 75 à 82, 50 à 82, 60, Laurahütte 70, 75, Darmstädter Bank —, Disconto-Commandit 106, 50 à 106, 25, 5proc. Russen 81, 25 à 81, 10. Schwach und sehr still. Nachbörse unverändert.

Frankfurt a. M., 7. Jan., Nachm. [Effecten-Societät.] Schwach, geringe Umsätze. Wiener Wechsel —, Böhmis. Westbahn 133 $\frac{1}{2}$ , Elisabethbahn 110%, Galizier 165%. Franzosen 203 $\frac{1}{2}$ . Lombarden —, Nordwestbahn —, Silberrente 54%, Papierrente 49%, Amerikaner de 85 101%. 1860er Loose 95 $\frac{1}{2}$ . 1864er Loose —, —. Creditaction 113%. Österreicher Nationalbank 656, 00. Darmstädter Bank 98%. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wedelerbank —. Meininger Bank 68%. Hess. Ludwigsbahn —. Ungarische Staatsloose —. Ungarische Schatzwerthealte —, do neue —. Goldrente 58%. Reichsbank 153%.

Nach Schluß der Börse: Creditaction 113%, Franzosen 203 $\frac{1}{2}$ , 1860er Loose —, Galizier —, Lombarden —, Silber

# Berliner Börse vom 6. Januar 1877.

## Fonds- und Geld-Course.

Gesellschafts-Anleihe	14%	104,10	bz
do. do. 1876	4	95	bz
Staats-Anleihe	4	95,30	bz
Staats-Schuldscheine	3 1/2	92,30	bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2	139,50	bz
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	102,10	bzG
Berliner	4 1/2	104,90	bz
Pommersche	3 1/2	82,90	bz
do. do.	4	94,50	bz
do. Lndsch.Crd.	4 1/2	101,60	bzG
Posensche neue	4	94	bz
Schlesische	3 1/2	84	G
Landschafts-Central	4	95,20	bz
Kur. n. Neumärk.	4	95	G
Pommersche	4	94,80	bz
Posensche	4	94,88	bz
Preussische	4	94,90	bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,75	bz
Sächsische	4	95,30	bz
Schlesische	4	95	bz
Badische Präm.-Anleihe	4	119,40	etbzB
Bayerische 4% Anleihe	4	122,50	bzG
Cöln-Mind. Prämienach.	3 1/2	107,50	bzG
Sachs. Rente von 1876	3	70,80	bz

Kurf. 40 Thaler-Loose 245 bz

Badische 33 Fl.-Loose 134 bz

Braunschw. Präm.-Anleihe 84,75 bzG

Oldenburger Loose 133,25 bz

Ducaten 9,64 bz

Sover. 20,33 G

Napoleons 16,24 G

Imperials —

Deilars 4,18 G

Russ. Bkn. 249,50 bz

Fremd. Bkn. —

einf. Leip. —

Oest. Bkn. 162,40 bz

do. Silbergd. 185 G

Russ. Bkn. 249,50 bz

Hypotheken-Certifcate.

Krupp'sche Partial-Obl.

Unkb. Pfd. d.F. Hyp. B.

do. do.

Deutsche Hyp.-B.-Pfd.

do. do.

Königl. Cent.-Bd.-Cr.

do. do.

Unkund. do.

do. rückzel. 110 5

105,25 bzG

do. do.

do. 4 1/2

do. H.d.Pd.-Crd.B.

do. III. Em.

Eine Hyp.-Schuld.

Hyp.-Anth.-Nord.-G.C.B.

do. do. Pfandbr.

Pomm. Hyp.-Briefe.

do. II. Em.

100,50 bz

Goth. Präm.-Pf. I. Em.

108 bz

do. do. II. Em.

107 bz

do. 5% Pfandbr.m. 110

105,50 bz

do. do. do. m. 110

95,50 G

do. 4% do. do. 110

95,50 G

Meininger Präm.-Pfd.

162 G

Ost. Silberfandur.

32,25 bz

do. Hyp.-Crd.-Pfd.

29,25 G

Pfbd.d.Ost.Bd.-Cr.G.

84,75 G

Schles. Bodenr.-Pfd.

100 bzB

do. do.

101 bzG

Südd. Bod.-Cred.-Pfd.

101,50 G

do. do. 4 1/2% 4 1/2% 98 G

Wiener Silberfandur.

5% —

Ausländische Fonds.

Ost. Silber-R. 1.1.1.1. 4 1/2

53,90 bz

do. Goldrente 1.1.1.1. 4 1/2

58,30 bzG

do. Papierrente 4 1/2

49,40 G

do. 54er Präm.-Anl.

90,50 G

do. Lott.-Anl. v. 60

95,75 G

do. Credit-Loose

286,10 bzG

do. 64er Loosse

239,50 bzG

do. do. do. 1868

143 etbz

do. Bod.-Cred.-Pfd.

77,90 bz

do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.

78,75 bz

Buss. Poln. Schatz.-Obl.

76,90 bz

Poin. Pfdbr. III. Em.

70,25 bz

Poin. Liquid.-Pfdbr.

62,90 bz

Amerik. rückz. p. 1881

105 bzG

do. do. 1885

101,40 G

do. 5% Anteile

102,25 bzG

Frans. Reichs-Rente

71,50 bz

Ital. Tabak-Oblig.

102 B

Raab.-Grazer 100 Thlr.L.

64,30 bzG

Rümänische Anteile

81,50 bz

Türkische Anteile

11,68 bz

Ung. 5% St. Eisenab.-Abl.

66,10 bz

Schwedisch. 19 Thlr.-Loose

Finneische 10 Thlr.-Loose

39,40 G

Türken-Loose

27,50 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Görlitzer

100 bz

Berlin-Nordbahn

0 bz

Breslau-Warschau

0 bz

Halle-Sorau-Gub.

0 bz

Ostpreuss. Südb.

0 bz

Reichenberg-Pard.

0 bz

Rheinische

0 bz

do. Lit. B. (4% gar)

0 bz

do. do. 100 bz

100 bzG

do. do. 100 bz

100 bzG</p